



Kosovo Force (KFOR) 2021: Stabilitätsgarant im dynamischen Umfeld

KFORs Umfeld wird bestimmt durch erhebliche politische Umbrüche im Kosovo, gemischte politische Signale aus Serbien und die Folgen von Covid-19. Die westliche Balkanpolitik hat noch nicht wieder Tritt gefasst. Auch der EU-moderierte Dialog zwischen Kosovo und Serbien konnte noch nicht wiederbelebt werden. Eine Präsenz der KFOR als glaubwürdiger Garant eines nachhaltigen stabilitätspolitischen Engagements bleibt deshalb weiterhin wichtig.

Mandat, Aktivitäten und deutscher Beitrag zu KFOR

Die völkerrechtliche Grundlage der NATO-geführten Kosovo Force (KFOR) ist [UN-Resolution 1244](#). Unter dem Befehl des italienischen Generalmajors Franco Federici bleibt es ihre zentrale Aufgabe, ein sicheres Umfeld zu gewährleisten.

Die **Truppenstärke** liegt aktuell bei 3.350 Soldaten und Soldatinnen aus 19 NATO- und acht Nicht-NATO-Staaten ([Stand](#): Mai 2021). Größte Truppensteller sind weiterhin die USA (627), gefolgt von den EU-Mitgliedern Italien (490), Ungarn (432), Österreich (326) sowie der Türkei (306). Außerdem hat Kroatien angekündigt, seinen Anteil von gegenwärtig 35 auf 150 Kräfte zu erhöhen, was in der Region ganz unterschiedliche Echos auslöste.

Auch wenn die 2020 vom Deutschen Bundestag mandatierte Obergrenze bei 400 Angehörigen der **Bundeswehr** liegt, sind gegenwärtig nur 65 dauerhaft im Einsatz ([Stand](#): Mai 2021). Sie dienen im KFOR-Hauptquartier, in der Aufklärung und der Einsatzunterstützung sowie der Beratung der lokalen *Kosovo Security Force*. Die **Mandatsverlängerung 2021** sieht vor, die bisherige Obergrenze unverändert beizubehalten. Das veranschlagte Budget liegt mit €14,1 Millionen unter den €16,6 Millionen des Vorjahres.

Viele Umbrüche im Kosovo

Kosovo hat ein sehr turbulentes Jahr hinter sich. Bei vorgezogenen **Neuwahlen** am 14. Februar 2021 errang die Partei *Vetëvendosje* („Selbstbestimmung“) von Albin Kurti einen überwältigenden Sieg. Fast auf den Tag genau ein Jahr nachdem er als Premierminister gestürzt worden war, übernahm Kurti dieses Amt am 22. März erneut. Im Vorjahr hatte sein damaliger Koalitionspartner, die Demokratische Liga Kosovos (LDK), nach nur 50 Tagen am 25. März 2020 einen **Misstrauensantrag** gegen die eigene Regierung unterstützt.

Zuvor hatte sich Präsident Hashim Thaçi als starker Opponent der ersten Regierung Kurti erwiesen. Thaçi wollte Covid-19 dazu nutzen, den **Ausnahmezustand** über Kosovo zu verhängen (der die Regierung entmachtet und ihn selbst gestärkt hätte), und schreckte auch nicht davor zurück, die Bevölkerung aufzurufen, die pandemiebedingten Ausgangssperren der Regierung zu ignorieren.

Hintergrund der Regierungskrise war der Richtungskampf um Thaçis Bestrebungen, gemeinsam mit dem serbischen Staatspräsidenten Aleksandar Vučić eine „**Grenzkorrektur**“ zur Grundlage eines Ausgleichs beider Länder zu machen. Diese Idee fand insbesondere bei Richard Grenell, dem Sondergesandten der Trump-Administration, ihren Fürsprecher. Doch auch die EU-Außenbeauftragte äußerte sich ambivalent. Dies zerstörte den über Jahre mühevoll aufgebauten Erwartungshorizont, dass eine **territoriale Neuordnung** des westlichen Balkans nicht zur Disposition steht. Da sich Kurti gegen einen entsprechenden „Deal“ stellte, stieg der Druck der USA auf seine Regierung, dem die LDK letztlich nicht standhielt.

Nach seinem Sturz regierte Kurti geschäftsführend weiter. Erst am 3. Juni 2020 konnte der LDK-Politiker Avdullah Hoti mit weiteren Parteien eine **Minderheits-Regierung** bilden. Dieser fehlte

aber eine stabile parlamentarische Mehrheit. Obendrein wurde Hotis Wahl zum Premierminister am 21. Dezember vom Verfassungsgericht für rechtswidrig erklärt. Die LDK spaltete sich unterdessen. Die LDK-Parlamentspräsidentin Vjosa Osmani verließ die Partei und verbündete sich mit *Vetëvendosje*.

Am 5. November trat Präsident Thaçi zurück, da ihn das **kosovarische Sondergericht im Haag** wegen Kriegsverbrechen anklagen wird. Dadurch wurde Parlamentspräsidentin Vjosa Osmani kommissarisches Staatsoberhaupt. Am 4. April 2021 wählte das neue Parlament sie dann zur Präsidentin. Seit der Unabhängigkeit 2008 ist sie die **zweite Frau im höchsten Staatsamt Kosovos**.

Widersprüchliche Signale aus Serbien

In Serbien blieb die politische Lage weitgehend stabil – fast zu stabil, beklagen einige Analysten, denn das Land bewege sich in Richtung eines Ein-Parteien-Staates, der auf Präsident Vučić zugeschnitten ist. Weiterhin verfolgt das Land eine **Mehr-Vektoren-Außenpolitik**, die einen EU-Beitritt und gleichzeitig enge, auch sicherheitspolitische Beziehungen zu Russland und China anstrebt. Diese Politik hat Serbien einen erheblichen Vorsprung bei der Covid-19-Bekämpfung verschafft, da chinesische und russische Vakzine frühzeitig und in großen Mengen zur Verfügung standen.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Serbien erheblich in die **militärische Aufrüstung** investiert, den Verteidigungsetat steigert und die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert. Dies sendet mehrdeutige Signale zu Serbiens künftigen Ambitionen in der Region.

Gespannte Beziehungen, stockender Dialog

Noch vor den US-Wahlen wurden Vučić und Hoti nach Washington eingeladen. Dort unterzeichneten sie am 4. September **zwei weitgehend gleiche bilaterale Vereinbarungen mit den USA**. Serbien verpflichtete sich, für ein Jahr auf jegliche Delegitimierung Kosovos im internationalen Raum zu verzichten, Kosovo, keine neuen Mitgliedschaften in internationalen Organisationen zu betreiben. Territoriale Fragen sind nicht Teil der Vereinbarungen. Angestrebt werden vielmehr große Infrastrukturprojekte. Unter anderem soll geprüft werden, den Gazivoda/ë-Stausee im Norden Kosovos gemeinsam zu nutzen. Überrascht hat der Passus, dass Serbien und Kosovo ihre Botschaften in **Israel** nach Jerusalem verlegen und sich Israel und Kosovo gegenseitig anerkennen werden.

Dennoch sind die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo weiterhin von **Spannungen** gekennzeichnet. Dabei geht es auch um den Charakter, den genauen Inhalt und die Verbindlichkeit der Washingtoner Vereinbarungen, vor allem nach dem Wechsel der US-Administration. Vučić hat seine Forderung nach Kompromissen im EU-moderierten Dialog zudem mit der Warnung vor einem **Karabach-Szenario** unterstrichen. Umgekehrt hat Kosovos neue Präsidentin Osmani die Intention geäußert, eine Anklage gegen Serbien wegen **Genozids** vorzubereiten.

Die Bemühungen des EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák, den **Dialog** zwischen Prishtina und Belgrad über einen „Grundlagenvertrag“ wiederzubeleben, verlaufen zäh. Kurti hat nach seiner Wiederwahl erklärt, der Dialog sei nicht erste Priorität seiner Regierung. Dafür haben Berichte über ein **Non-Paper**, das der slowenische Premierminister Janez Janša nicht geschrieben und in EU-Kreisen niemand bekommen haben möchte, für große Unruhe gesorgt, weil darin erneut die Frage der territorialen Neuordnung auf dem westlichen Balkan aufgeworfen wurde.

Fazit und Ausblick

Unter diesen prekären Bedingungen ist die **robuste Sicherheitsgarantie** durch KFOR weiterhin unverzichtbar. Politisch sendet sie das Signal, dass die NATO-Mitglieder gewillt sind, nachhaltig in die Stabilität der Region zu investieren. Gleichzeitig demonstriert KFOR, auch mit reduzierter Personalstärke im Notfall einsatzbereit zu sein. Dazu ist auch Deutschlands Beitrag weiter nötig.